Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 64 (1985)
Heft: 5

Artikel: Aussiedler aus dem Osten geraten in der BRD in Schwierigkeiten : Deutsche zweiter Klasse

Autor: Hartmann, Horst

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340251

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Medium der Bewegung, des Fleisses, seine Charakteristik ist Dynamik.

Wie sehr die Notenbanken bisher versagt haben, beweist die Tatsache, dass in den drei wirtschaftlich soliden Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz sich die Kaufkraft deren Währungen seit 1970 um rund die Hälfte verringert hat.
Dieses leicht verständlich geschriebene Buch sollte von allen verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürgern gelesen werden, ganz besonders aber von unseren Politikern, Gewerkschafts- und Parteiführern. Ein reichhaltiges Literatur- und Quellenverzeichnis bietet die Möglichkeit, sich noch tiefer in die Problematik unseres Geldwesens einzuarbeiten. Der Preis ist sehr bescheiden mit Fr. 15.– angesetzt. Erhältlich beim Verfasser: Hans Hoffmann, Bodenacker 30, 3065 Bern.

Otto Haag

Aussiedler aus dem Osten geraten in der BRD in Schwierigkeiten

Deutsche zweiter Klasse

Von Horst Hartmann

Die bundesdeutsche Landesmutter Germania nährt viele Bürger an ihren gewaltigen Brüsten. Während die Aufnahme von Asylanten und ausländischen Arbeitern stets eine kontrovers geführte Diskussion begleitete, blieb die Umsiedlung Deutschstämmiger aus Osteuropa in der Öffentlichkeit jahrelang unbeachtet. Jedenfalls so lange wie die Betreffenden vom Arbeitsmarkt aufgesogen wurden. Doch mit wachsender Wirtschaftskrise steigen die Aversionen Einheimischer gegenüber diesem Personenkreis.
Die Umsiedlung Deutschstämmiger ist von allen bisherigen Bundesregierungen als nationale Pflicht betrachtet worden. Doch diese Haltung führt zu einer Kluft zwischen Politikern und Bürgern. Von 1950 bis 1981 kamen insgesamt 1 136 000 deutsche Auswanderer aus kommunistischen Ländern in die Bundesrepublik. 683 000 kamen aus Polen, 118 000 aus Rumänien, 91 000 aus der CSSR und 89 000 aus der Sowjetunion. 1982 und 1983 folgten jeweils weitere 40 000 Auslandsdeutsche. Von den etwa 300 000 Siebenbürger Sachsen in Rumänien dürften zwei Drittel an einer Ausreise interessiert sein. Über die Rückkehrabsichten von Bürgern deutscher Abstammung in der Sowjetunion liegen keine zuverlässigen Angaben vor.
Die Rückkehr im Rahmen der Familienrückführung betraf ursprünglich Ehepartner, Verwandte in gerader Linie, Personen, die bei Verwandten untergebracht waren, und dringende Fälle. In den letzten Jahren kann von Auswahlkriterien kaum noch die Rede sein. Es kamen immer mehr Menschen, deren Vorfahren vor Generationen in den Osten auswanderten, während sie selbst Deutschland nur aus Büchern kennen und kaum der deutschen Sprache mächtig sind. Vielfach handelte es sich auch um Touristen, die nicht in ihre alte Heimat zurückkehren wollten, darunter viele Rentner und Kranke.
Heute liegt die Zahl der arbeitslosen Aussiedler beträchtlich höher als bei der übrigen westdeutschen Bevölkerung. Bezeichnenderweise wird dieser Personenkreis jedoch nicht registriert. Der Düsseldorfer Ministerialrat Guido Zurhausen sprach 1984 von einer «bedrückenden überproportionalen Arbeitslosigkeit». Während bis 1980 über 50 Prozent aus gewerblichen Berufen und 30 Prozent aus Dienstleistungsberufen stammten, hat sich die berufliche Qualifikation in jüngster Zeit verschlechtert. Neuerdings kommen 60 Prozent aus Dienstleistungsberufen und nur noch 20 Prozent aus gewerblichen Berufen.

Die höher qualifizierten Kräfte aus Handwerk und Industrie waren in Konjunkturjahren leichter zu vermitteln, wenn auch vielfach nicht in gleichwertigen Positionen. Fähigkeitsnachweise werden zwar im Westen grosszügig anerkannt, doch im beruflichen Alltag gibt es beträchtliche Vorbehalte, zumal die Kluft zwischen den Arbeitsbedingungen im Westen und Osten auf Grund neuer Technologien grösser geworden sind. Ältere Menschen können gegenwärtig überhaupt nicht mehr vermittelt werden.
Als häufige Barriere erweisen sich neben beruflichen Qualifikationen mangelnde Kenntnisse der deutschen Sprache. Während die meisten Rumäniendeutschen sich gut verständigen können, sprechen die aus Polen kommenden Umsiedler kaum deutsch. Von den aus der Sowjetunion Eintreffenden verstehen nur die Älteren ein paar deutsche Brocken. Die Folge sind verächtliche Bemerkungen über die «Polacken» und «Rus-

sen», die so wie lästige türkische Gastarbeiter behandelt werden. Auch die Wohnungsbeschaffung bereitet den Neuankömmlingen Probleme, obwohl sie von staatlicher Seite Einrichtungsdarlehen erhalten. Familien bekommen bis zu 10 000 Mark. Bis 1980 wurden für Aussiedler 768 Millionen Mark ausgegeben. Ausserdem werden sie bei der Eingliederung seit 1980 bis zu 48 Monate lang unterstützt. Familienbetreuung und Hilfen bei der Existenzgründung sollen das Einleben ebenso erleichtern wie Ansprüche an Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, wie bei jedem beitragszahlenden Bundesbürger.
Dieser umfangreiche Leistungskatalog kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Kahlschlag im Sozialbereich durch das Kabinett Kohl sich auch für diesen Personenkreis spürbar negativ auswirkt. Freibeträge und Steuererleichterungen helfen wenig, weil den Neuankömmlingen eine realistische Einschätzung von Einkommen und Lebenshaltungskosten fehlt.
Die Folgen sind oft leichtfertige Kreditaufnahmen und dauerhafte Verschuldungen. Die Schwierigkeiten des Einlebens im Westen hängen aber weniger von materiellen Leistungen ab. Entscheidend erweist sich die kaum zu überwindende Barriere einer als wesensfremd empfundenen Gesellschaft.

Zu hohe Erwartungen von einem idealisierten Deutschland, eine zu positive Einschätzung der von Egoismus und Mobilität gezeichneten Erwerbsgesellschaft bereiten den meisten Ankömmlingen dauerhafte Schwierigkeiten. Sie vermissen vor allem eine nicht zu leugnende Hilfsbereitschaft unter Kollegen und Nachbarn, die für sie in osteuropäischen Ländern selbstverständlich war. Die Illusion vom Schlaraffenland im Westen vergeht nach der euphorischen Anfangsstimmung rasch, wenn die Aussiedler die Erwerbsgesellschaft mit ihren Ungereimtheiten erst kennengelernt haben.
Vor allem die Älteren finden keinen Anschluss an Einheimische und verharren unter ihresgleichen im Getto der Exilanten. Als häufigste Klage ist immer wieder zu hören, dass niemand für sie Zeit findet. Statt eines aktiven Demokratieverständnisses verschanzen sich viele hinter autoritären Ansichten, die eher ins 19. Jahrhundert oder gar zum Selbstverständnis von Untertanen eines kommunistischen Staates passen. Das erscheint paradox, da sie fast ausnahmslos das kommunistische System ablehnen und nur die sozialen Leistungen der alten Heimat gelten lassen.

Die älteren Aussiedler vertrauen vor allem der eisernen Hand des Staates und klagen nach Spiessbürgermanier gern über eine angeblich zu hohe Kriminalität. Differenziertere Urteile über die westliche Gesellschaft finden sich in der Regel nur bei Intellektuellen aus Rumänien. Aber die erklärten Antikommunisten aus Polen und der CSSR können sich kaum für liberale Vorstellungen erwärmen. Ihre von einem überholten Begriff des Nationalstaates geprägten Ansichten finden in einer Distanz zum Europagedanken ihren Ausdruck.

Am deutlichsten zeigt sich ihr Festklammern an alten Normen im privaten Bereich. Den Auslanddeutschen erscheint es unfassbar, dass Gastarbeiter aus dem Süden oder der Türkei in der Bundesrepublik heimisch geworden sind. Die dogmenfreie Sexualmoral im Westen lehnen sie schroff ab. Bei der Jugend im Westen vermissen sie vor allem Disziplin. Ein schematisches Entweder-oder-Denken findet sich in hohem Masse unter den Auslandsdeutschen, die sich als deutscher betrachten als viele Bundesbürger.
Enttäuscht sind sie vielfach auch von den Kirchen. In den Gemeinden vermissen sie menschliche Wärme. Ihr mitunter rührend wirkendes Traditionsbewusstsein ist vielfach auf das Unvermögen zurückzuführen, sich an neue Verhältnisse anzupassen. Das zeigt sich immer wieder an der wachsenden Entfremdung zwischen jungen und alten Umsiedlern. Sollten sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik weiter verschlechtern, stellen die Umsiedler ein bedenkliches Potential für neue Demagogen dar.

Die Enttäuschungen der Neubürger aus dem Osten – 69,7 Prozent haben im mitmenschlichen Bereich im Westen negative Erfahrungen gemacht – sollten zu einer nüchternen Überprüfung der bisherigen Umsiedlungspolitik führen. Die Aussiedlung von Kindern und Enkeln der Kriegsgeneration kann 40 Jahre nach Ende des Krieges nicht mehr guten Gewissens als Folgelast bezeichnet werden. Die in allen Parteien anzutreffenden Anhänger einer Rückführung Deutschstämmiger sind längst Opfer einer bedenklichen «Heim-ins-Reich»-Mentalität geworden.

Für den betroffenen Personenkreis wäre es vielfach besser, wenn die Bundesregierung Autonomierechte mit den Herkunftsländern vereinbarte, wie sie vor Kriegsbeginn beispielsweise für die Wolgadeutschen in der Sowjetunion bestanden. Die Abwanderung weiterer Hunterttausender von Menschen dürfte für die Mehrheit nicht im Interesse der Betroffenen liegen. Es sei denn, die Bundesrepublik erklärt sich zum Einwande-

rungsland für Wirtschaftsflüchtlinge.
Bei nüchterner Beurteilung der Situation kann ausserdem von einem Vertreibungsdruck in kommunistischen Ländern nicht die Rede sein. Eine objektive Aufklärung der Ausreisewilligen durch konsularische Vertretungen wäre der vernünftigste Weg, um die Zahl der Ausreisewilligen zu reduzieren. Die ideelle und materielle Unterstützung im Rahmen eines Autonomievertrages würde dagegen eine angemessene Unterstützung der Deutschen in kommunistischen Ländern darstellen. Das erscheint sinnvoller als die Existenz von Almosenempfängern im Westen.